



Ulrich Kelber
Bonns
Bundestagsabgeordneter

Newsletter



Aktuelles

Bonn

Berlin

Service

Nr. 20/2006, 132. gesamt / 24.11.2006

Zitat

„Wenn Bundestag und Bundesrat im Sinne eines Wirtschafts- und Finanzpaktes für Deutschland in eine Richtung marschieren, dann sind die nötigen Politikergebnisse auch erzielbar. Dass ein solches Zusammenwirken jetzt endlich möglich ist, ist - das muss man offen sagen - auch die Rechtfertigung für die große Koalition.“

(Stellv.
Fraktionsvorsitzender
Joachim Poß
in der Debatte zum
Bundeshaushalt)

Themen in dieser Ausgabe:

- Rückschritte
- Generationengerechtigkeit
- Reform Goethe-Institut
- Telekommunikationsgesetz
- Sonderprogramm Stadtentwicklung
- Sozialstaat
- Studie zu Finanzinvestoren
- Diese Woche im Plenum

Rückfall in altes Verhalten

Da konnte man fast schon den Eindruck bekommen, die Große Koalition hätte sich ein Jahr nach Gründung in eine gute Zusammenarbeit eingefunden, da kommen die ersten Rückschläge. An der CDU/CSU-Bundestagsfraktion scheiterte diese Woche die Fortführung der erfolgreichen Heroinstudie und – zumindest zunächst – die Förderung des Einbaus von Dieselpartikelfiltern.

Bei beiden Vorhaben ging es um Gesundheit. Bei der Heroinstudie um die Gesundheit von drogenabhängigen Menschen, denen andere Angebote nicht mehr helfen können. Signifikant gesunken sind in der Studie begleitende Gesundheitsschäden, wir haben Menschenleben gerettet. Außerdem mussten die Abhängigen nicht mehr stehlen, um ihre Sucht zu finanzieren, die Beschaffungskriminalität ging zurück. Die von allen Experten empfohlene Verlängerung der Studie mit weiteren Patienten wurde jetzt – trotz Unterstützung durch die SPD und viele CDU-Gliederungen und – Abgeordnete – von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestoppt, die in ihrer Mehrheit nicht bereit war, einem entsprechenden Antrag zuzustimmen. Es ist traurig, zusehen zu müssen, wie hier menschliche Schicksale einer Ideologie geopfert werden.

Seit fünf Jahren versucht die SPD jetzt, den Einbau von Partikelfiltern in Dieselfahrzeuge fördern zu lassen. Allzu oft sind wir an den Bundesländern mit CDU/CSU/FDP-Mehrheit, die ja die Herren über die Kfz-Steuer sind, mit unseren Vorschlägen gescheitert. Jetzt haben die Ministerpräsidenten endlich eingewilligt, da stoppt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Beratung, da man „noch Zeit brauche“. Als Folge kann das Gesetz nicht zum 1.1.2007 in Kraft treten und muss völlig neu mit den Bundesländern verhandelt werden. Leidtragende sind vor allem die Kinder in Städten, die weiterhin die gefährlichen feinen Partikel aus den Dieselmotoren ungefiltert einatmen müssen. Betroffen sind aber auch die Filterhersteller, die jetzt wahrscheinlich Mitarbeiter in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit schicken müssen, statt wegen hoher Nachfrage einstellen zu können. Zwei dieser Firmen haben übrigens ihren Sitz in der Region Bonn/Rhein-Sieg.

Nach einem Jahr hätte ich mir vom Koalitionspartner mehr Verantwortung und weniger dogmatische Verweigerung gewünscht.

- Ulrich Kelber -

Abgeordnete: Generationengerechtigkeit im Grundgesetz verankern

In einem gemeinsamen Gesetzentwurf (16/3399) fordern 100 Abgeordnete aus vier verschiedenen Fraktionen die Verankerung der Generationengerechtigkeit in Artikel 20 des Grundgesetzes. Der Staat sei aufgefordert die Interessen künftiger Generationen besser zu schützen. Bei Verteilungskonflikten hätten die künftigen Generationen und die schwach repräsentierte junge Generation das Nachsehen. Lasten heutiger Entscheidungen würden auf morgen verschoben, kritisieren die Abgeordneten. Dies betreffe die Verschuldung des Staates und der sozialen Sicherungssysteme, den Um-

gang mit Energieressourcen und die zu geringen Investitionen in Bildung und Forschung. Das Konzept der Generationengerechtigkeit verknüpfe die Bedürfnisse der heutigen mit den Lebenschancen künftiger Generationen. Artikel 20a des Grundgesetzes bietet nach Aussage der Abgeordneten bereits für Teile staatlicher Politik Sicherheit, zum Beispiel für den Umwelt- und Ressourcenschutz. Diese Regelung bedürfe der Erweiterung durch andere Politikfelder und müsse um einen Artikel 20b ergänzt werden.

CDU/CSU und SPD: Goethe-Institut bei Reform unterstützen

Die Bundesregierung muss nach dem Willen von CDU/CSU und SPD das Goethe-Institut bei dessen Reform unterstützen. Dies fordern die Koalitionsfraktionen in einem Antrag ([16/3502](#)). Das Institut, eine wichtigsten Mittlerorganisationen der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, werde sein Profil schärfen und sich auf die Kernaufgaben konzentrieren. Dazu zählten, die

Kenntnis der deutschen Sprache zu fördern und die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu pflegen. Ferner sei ein umfassendes, historisches und kulturell breit fundiertes, zeitgemäßes Deutschlandbild durch Informationen und Veranstaltungen zum kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben zu vermitteln. Die Goethe-Institut werde seine Präsenz in den Wachstumsregionen Asiens sowie in der islamisch ge-

prägten Welt des Nahen und Mittleren Ostens stärken und den Ausbau in Ost- und Südosteuropa konsolidieren, um auch in solchen Regionen den kulturellen Dialog zu ermöglichen, schreiben die Abgeordneten. Die Bundesregierung müsse das Goethe-Institut in den kommenden Haushaltsverhandlungen in einer Weise ausstatten, die es erlaube, die im Reformkonzept beschriebenen Ziele zu erreichen.

Telekommunikationsgesetz: Verbraucherposition erheblich verbessert

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz werden der Schutz und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich verbessert und gestärkt.

Das federführend vom Bundeswirtschaftsministerium eingebrachte Gesetz integriert die bisher in der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung enthaltenen Regelungen in das Telekommunikationsgesetz.

In ihm findet sich nunmehr eine Reihe von Regelungen, die für mehr Transparenz, die Möglichkeit der Kostenkontrolle, aber auch besseren Jugendschutz sorgen.

Das Gesetz verpflichtet die Anbieter zu eindeutigen Preisinformationen in der Werbung, seien es Auskunftsdienste, Massenverkehrsdienste wie beim Televoting, so genannte Geteilte-Kosten-Dienste, neuartige Dienste oder Kurzwahl-Dienste wie Klingeltöne oder Wettervorhersagen.

Die Preisinformationen müssen deutlich sichtbar und in gut lesbarer Form präsentiert werden - Ver-

schleierungen sind damit nicht mehr möglich. Auch soll die Preisinformation in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rufnummer stehen. Damit erfahren die Verbraucherinnen und Verbraucher genau, welche Kosten bei welchem Anruf entstehen können.

Auch Unsicherheiten bei Abonnementverträgen über Kurzwahl-Dienste werden nunmehr beseitigt, da das novellierte Telekommunikationsgesetz ein so genanntes Handshake-Verfahren vorsieht, bei dem der Vertrag erst durch eine Bestätigung des Kunden zu Stande kommt.

Weiteren Verbraucherschutz verwirklichen wir dadurch, dass die Kunden auf Verlangen eine kostenlose "Warn-SMS" bei Erreichen eines Betrages von 20 Euro innerhalb eines Monats durch Kurzwahldienste im Abonnement erhalten. Auch damit wird das Risiko unnötig hoher finanzieller Belastungen durch Telekommunikationsdienste verringert.

Die Verpflichtungen bei Preisansagen und Preisanzeigen werden einheitlich

bei zwei Euro angesiedelt. Der Preis für zeitabhängig über Rufnummern für Premiumdienste abgerechnete Dienstleistungen darf höchstens drei Euro pro Minute betragen. Die Preisangabepflichten bei den so genannten Kurzwahldiensten (vor allem Herunterladen von Klingeltönen und Logos) sollen insbesondere junge Handynutzer vor dem bestehenden Kostenrisiko bei der Inanspruchnahme dieser Dienste schützen.

Auch eine besondere Problematik von R-Gesprächen in Hotels wurde geregelt, da die Bundesnetzagentur zukünftig eine Sperr-Liste mit Rufnummern führen wird, die von R-Gesprächsdiensten für eingehende R-Gespräche zu sperren sind. Besondere Berücksichtigung fanden in dem novellierten Gesetz zudem die Interessen behinderter Menschen.

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode eine Novellierung des Telekommunikationsgesetzes nicht glückte, ist es umso erfreulicher, wenn nun effektiver Verbraucherschutz in dem novellierten Gesetz verankert wird.

Sonderprogramm verzahnt Stadtentwicklung mit Ausbildungs- und Arbeitsförderung

Mit einem neuen Sonderprogramm "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe" fördert der Bund Projekte gegen Arbeitslosigkeit und zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Das Programm wird in den kommenden zwei Jahren mit 37 Millionen Euro ausgestattet. Damit werden die weiterhin bestehenden Programme "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und "Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eng miteinander verzahnt.

Das gemeinsame Programm der beiden Ministerien will schwerpunktmäßig das Engagement für Toleranz und Integration und die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort fördern.

Ziel ist es die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Quartieren mit sozialen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsstand und hohem Migrantanteil zu stärken und den Zugang von Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslosen zu Ausbildung und Arbeitsmarkt zu verbessern.

Mit Hilfe des neuen Programms können städtebauliche Investitionen deutlich besser mit sozialen Maßnahmen im Ausbildungs- und Arbeitsbereich kombiniert werden. Das Sonderprogramm stärkt den integrativen, ressortübergreifenden Ansatz der "Sozialen Stadt" und kann flexibel an die jeweiligen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Damit ist es ein weiterer elementarer Baustein einer nach-

haltigen Stadtentwicklungspolitik.

Der Großteil der zur Verfügung gestellten Summe stammt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Die von beiden Ministerien herausgegebene Förderrichtlinie richtet sich an Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften, an Arbeitsmarktakteure und an Institutionen des öffentlichen Lebens wie beispielsweise Kirchen, Synagogen oder muslimische Gemeinden sowie an Gewerkschaften, Betriebe, Schulen, Vereine und Bildungsträger. Interessierte Stellen aus den Programmgebieten der Sozialen Stadt können ihre Projektvorschläge bis zum 15. Januar 2007 beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einreichen.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Dort einfach die Nr. eingeben

Sozialstaat ist organisierte Solidarität

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, Vizekanzler Franz Müntefering und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Struck, haben ein Impulspapier zur Programmkonferenz "Der Vorsorgende Sozialstaat" am 25. November vorgelegt. "Jeder hat die Pflicht, seine Kraft zu nutzen und jeder das Recht, die Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen", heißt es in dem Papier. Der Sozialstaat sei "organisierte Solidarität." Der vorsorgende Sozialstaat unternehme darüber hinaus alles, "um zu verhindern, dass soziale Notlagen überhaupt entste-

hen", schreiben die Autoren.

Bildung ist Schlüssel für Chancengleichheit

Die Verfasser des als Diskussionsbeitrag zur SPD-Programmdebatte gedachten Impulses unterbreiten konkrete Vorschläge für die Handlungsfelder des vorsorgenden Sozialstaates. Sie fordern unter anderem die schrittweise Einführung eines Rechtsanspruches auf Betreuung für unter Zweijährige, die flächendeckende Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres und die För-

derung von Sprachkenntnissen bereits ein Jahr vor der Einschulung. "Der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungsbiographie und für echte Chancengleichheit liegt in der frühkindlichen Bildung", resümieren Beck, Müntefering und Struck. Ebenso solle weiter in Schul- und universitäre Ausbildung investiert werden, das Erststudium müsse gebührenfrei bleiben. Aufgabe des Sozialstaates sei es weiterhin, "die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern", betonen Beck, Müntefering und Struck.

s. Service

Termine

30.11. –01.12.06 - Berlin

Sitzungswoche des Bundestages

03.12.06, 11 Uhr - Bonn

Fraktion vor Ort zum Klimaschutz im WOKI, Bertha-von-Suttner-Platz, mit Dr. Hermann Scheer

06.12.06, 14 Uhr - Leipzig

Diskussion zur Energiepolitik im Rahmen der Tagung des Forum Ostdeutschland

08.12.06 - Bonn

Gespräche mit Apothekern und Privatversicherten zur Gesundheitsreform

Service

SPD-Impulspapier zum vorsorgenden Sozialstaat

http://www.spd.de/show/1697790/241106_impuls_vorsorgender_sozialstaat.pdf

Ulrich Kelber
Bonns
Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030—227 700 26
Fax: 030—227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228—280 31 35
Fax: 0228—280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Finanzinvestoren legen mehr als 30 Milliarden Euro in Deutschland an

Nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung legen Finanzinvestoren inzwischen mehr als 30 Milliarden Euro in Deutschland an. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/3415) auf eine Kleine Anfrage der FDP. Die mit diesem Geld finanzierten Unternehmen böten über 800.000 Arbeitsplätze und trügen mit rund sieben Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Für nicht börsennotierte Unternehmen sei der Zugang zu Eigenkapital in der Regel schwieriger als für börsennotierte Unternehmen, so die Regierung weiter.

Weiter heißt es in der Antwort, die Private-Equity-Branche übernehme eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion bei der Vermittlung von Kapitalangebot und Kapitalnachfrage. Unter "Private Equity" werde allgemein das Bereitstellen von Eigenkapital an

nicht börsennotierte Unternehmen bezeichnet. Häufig biete diese Branche auch Managementleistungen an. Die Auswirkungen von Private-Equity-Transaktionen, vor allem die Frage, ob es in einzelnen Fällen zu schädlichen Folgen kommen kann, werde zurzeit in einem Forschungsprojekt untersucht. Ergebnisse dieses Gutachtens der Technischen Universität München würden in das geplante Private-Equity-Gesetz einfließen. Anfang Dezember werde im Bundesfinanzministerium eine Projektarbeitsgruppe eingesetzt, die zunächst die Eckpunkte erarbeiten soll. Anschließend werde ein Referentenentwurf erarbeitet, der bis Mitte 2007 in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden soll. Das Gesetz soll zeitgleich mit der Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Zu den Hedge-Fonds

als Finanzinvestoren heißt es, international werde mit Sorge wahrgenommen, dass diese zunehmend als Kreditgeber auftreten. Dabei sei nicht immer sicher, ob die Hedge-Fonds über genügend Erfahrungen in den jeweiligen Märkten oder über ausgereifte Risikomanagementsysteme verfügen. Dies könne langfristig zu Problemen führen, da immer komplexere und weniger liquide Produkte eingesetzt werden. Über etwaige gesetzliche Maßnahmen zur Erweiterung des Spielraums für Hedge-Fonds will die Regierung im Zuge der geplanten Novelle des Investmentgesetzes entscheiden. Ein freiwilliger Verhaltenskodex für Hedge-Fonds und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen diesen und den Rating-Agenturen sollten nach Meinung der Regierung Bestandteile der internationalen Diskussion sein, um die Transparenz auf diesem Sektor zu verbessern.



TOPTHEMA

Bundeshaushalt 2007

In dieser Woche wurde **der Bundeshaushalt 2007 im Deutschen Bundestag abschließend beraten. Die zwei Säulen unserer finanzpolitischen Strategie, den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu setzen, stehen auf festem politischen Fundament. Der Dreiklang der Koalitionsvereinbarung „Konsolidieren, Reformieren, Investieren“ wird mit dem Bundeshaushalt 2007 erfüllt.**

Die Konsolidierung gewinnt an Fahrt: Durch systematische Verbesserungen auf der Einnahmenseite und konsequente Einsparungen auf der Ausgabenseite werden beide zentralen finanzpolitischen Eckpfeiler, die Regelgrenze des Artikel 115 des Grundgesetzes sowie das Maastricht-Defizitkriterium, erstmals seit 2001 wieder eingehalten.

Gleichzeitig werden die Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch die Fortführung des 25-Milliarden-Euro-Programms und im Rahmen dessen durch das 6-Milliarden-Euro-Programm zur Stärkung von Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2007, aber auch im Finanzplan bis 2010 konsequent fortgesetzt.

Ziele bei den Beratungen des Bundeshaushaltes 2007

1. Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik und -strategie der SPD fortsetzen und die Neuverschuldung des Bundes so rasch und deutlich senken, wie es politisch vertretbar ist. Damit soll ein ausgeglichener Bundeshaushalt in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden – das wichtigste Signal für Generationengerechtigkeit.
2. Investitionen deutlich stärken und kon-

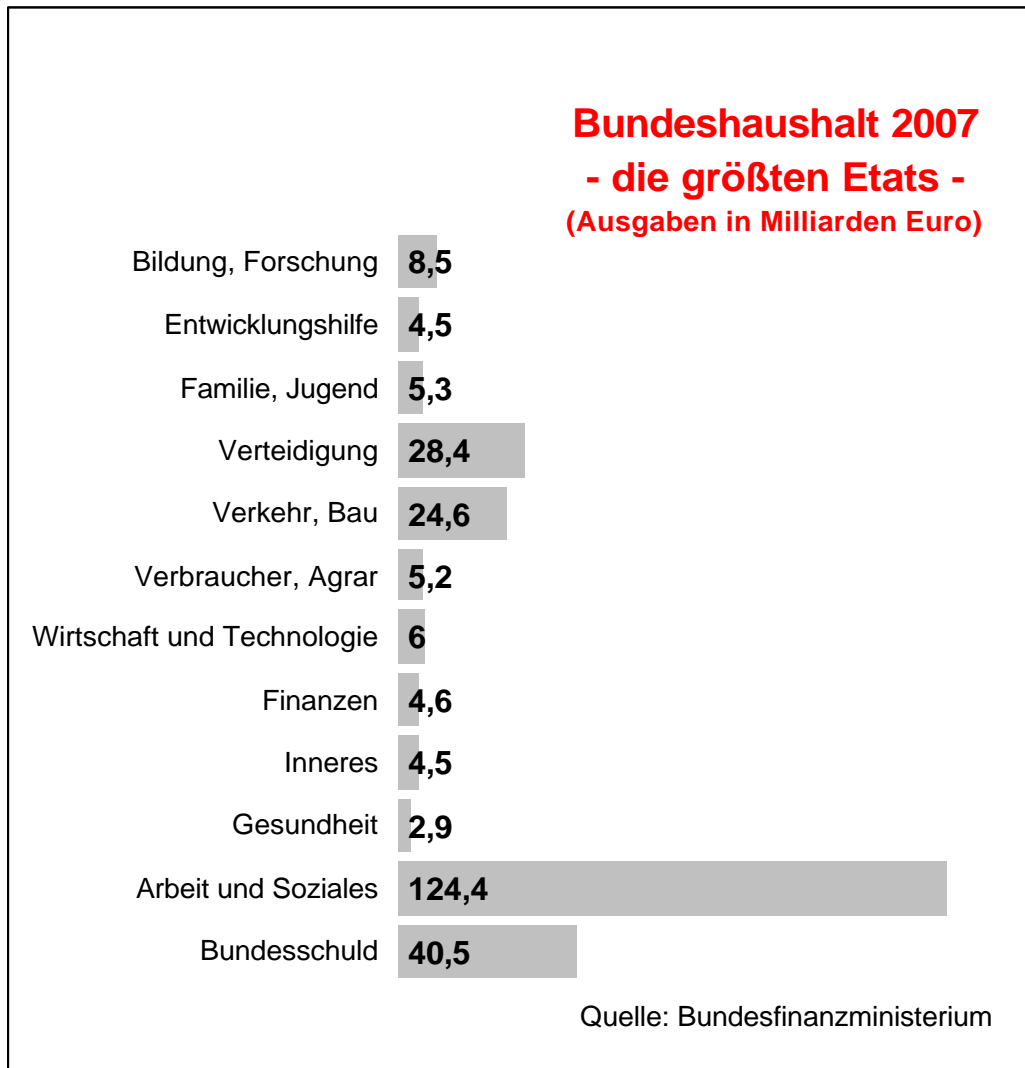
sumtive Ausgaben zurückführen.

3. Die politischen Schwerpunkte, die in der Großen Koalition gesetzt werden, auch im Haushalt spiegeln und deren Finanzierung gewährleisten. Die SPD steht für einen starken und handlungsfähigen Staat, der gestaltet und nicht nur verwaltet.
4. Die besondere Verantwortung für Wachstum, vor allem aber für Beschäftigung und den Arbeitsmarkt deutlich machen und Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf hohem Niveau erhalten, damit die, die Arbeit suchen und brauchen, weiterhin alle Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen.

Eckwerte des Haushalts

Die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2007 belaufen sich auf 270,5 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben betragen 23,95 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Haushaltsentwurf um 2,4 Milliarden Euro gesenkt auf nunmehr 19,58 Milliarden Euro – das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.

Zugleich hat sich die Einnahmesituation des Bundeshaushaltes deutlich verbessert. Nach der Steuerschätzung vom 3. November 2006 werden die Steuereinnahmen in 2007 gegenüber dem Regierungsentwurf um 6 Milliarden Euro auf insgesamt 220,53 Milliarden Euro steigen.



Konjunkturelle Entwicklung und Steuermehreinnahmen

Die Rahmenbedingungen des Haushalts 2007 waren überraschend positiv. Dies belegt erneut, dass der Bundshaushalt 2006 ein Haushalt des Übergangs war und die Strategie Erfolg hatte, zur Abwehr einer drohenden Störung des gesamten wirtschaftlichen Gleichgewichts mehr Schulden zu machen, als wir für Investitionen ausgegeben haben. Dadurch hat der Bundshaushalt 2006 für den nötigen Rückenwind gesorgt, der gebraucht wurde.

Die Wachstumsdynamik hat sich erhöht, die Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur haben sich ausgezahlt. Denn die

gute konjunkturelle Entwicklung und die daraus folgende verbesserte Einnahmesituation für den Gesamtstaat in 2006 wird sich auch im Jahr 2007 fortsetzen. Nach der Steuerschätzung vom November werden für den Gesamtstaat in 2007 Steuermehreinnahmen von 18,5 Milliarden Euro zu erwarten sein, davon 8 Milliarden Euro für den Bund. Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurden davon bereits 2 Milliarden Euro berücksichtigt. Diese Schätzung ist vorsichtig und konservativ, sie unterstellt für 2007 ein Wachstum von 1,4 Prozent (der Sachverständigenrat rechnet mittlerweile mit 1,8 Prozent Realzuwachs).



Die positive Grundmelodie der Steuermehreinnahmen wird begleitet von guten Meldungen aus den Sozialversicherungen: Die Bundesagentur für Arbeit wird in 2006 einen Überschuss von ca. 9,6 Milliarden Euro erzielen, die Deutsche Rentenversicherung wird Mehreinnahmen von ca. 11 Milliarden Euro zu verzeichnen haben. Dabei ist jeweils ein nicht unerheblicher „Einmaleffekt“ zu berücksichtigen (durch das Vorziehen der Fälligkeit der Arbeitgeberbeiträge bei der BA ca. 3,1 Milliarden Euro und bei der Rentenversicherung ca. 9,5 Milliarden Euro). Gleichwohl werden genügend finanzielle Mittel übrig bleiben, um die sozialen Sicherungssysteme deutlich zu stabilisieren. Dies gilt vor allem für die Bundesagentur für Arbeit, die in den vergangenen zehn Jahren ca. 40 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen benötigt hat.

Die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen

- Die Neuverschuldung des Bundes sinkt von 22 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf auf jetzt 19,58 Milliarden Euro, das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.
- Die Regelgrenze des Artikels 115 GG, wonach die Neuverschuldung geringer als die Summe der Investitionsausgaben zu sein hat, wird eingehalten, ebenso wie das Maastricht-Defizitkriterium der EU. Für 2006 ist ein „Maastricht-Wert“ von 2,25 Prozentpunkten Bruttoinlandsprodukts und für 2007 ca. 2,1 Prozent zu erwarten.
- Die Ausgaben für Investitionen konnten gegenüber dem Regierungsentwurf um fast eine halbe Milliarde Euro auf nunmehr 24 Milliarden Euro gesteigert werden. Dies ist ein deutlicher Vorsprung vor der Neuverschuldung.
- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,3 Prozentpunkte mehr als ursprünglich geplant: zum 1. Januar 2007 um insgesamt 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Das heißt für einen Arbeitnehmer mit 2.500 Euro Bruttogehalt im Monat: Ab dem 1. Januar 2007 hat er monatlich 28,57 Euro mehr in der Tasche. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 17 Milliarden Euro durch die Absenkung entlastet.
- Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung werden stabilisiert: Bereits ab 2007 wird für die GKV zusätzlich eine Milliarde Euro an Zuschüssen bereitgestellt, insgesamt erhalten die Gesetzlichen Krankenkassen im nächsten Jahr damit 2,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln.
- Erfolge für den Arbeitsmarkt: Die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurde auf höchstem Niveau bei 6,5 Milliarden Euro stabilisiert. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitssuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt.
- Investitionen statt Konsum: Gegenüber dem Haushaltsentwurf wurden die Mittel für Investitionen um 414 Millionen Euro auf 23,96 Milliarden Euro angehoben. So wurde beispielsweise ein Ergänzungsprogramm für Bundesautobahnen im Verkehrshaushalt in Höhe von zusätzlichen 420 Millionen Euro (165 Millionen Euro in 2007) beschlossen. Zusätzlich 39 Millionen Euro werden für das Bundesumweltministerium bereitgestellt, um in 2007 noch stärker Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien fördern zu können. Die Mittel für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe), die überwiegend den neuen Bundesländern zugute kommen, wurden um 50 Millionen Euro verstärkt. Die regionale Innovationsförderung in den neuen Bundesländern wurde um 2 Millionen Euro erhöht.



Diese Woche im Parlament

- Der Haushalt trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift: So wurde beispielsweise das Arbeitslosengeld II im Osten an das Westniveau angeglichen, ab 2007 wird das Elterngeld eingeführt, das Ganztagschulprogramm mit insgesamt 4 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode gewährleistet und die Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auf 19 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Zusätzlich werden 5 Millionen Euro für ein Sofortprogramm zur Förderung von Beratungsnetzwerken (Opferberatungen, Netzwerkstellen, mobile Teams) bereit gestellt. Auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz erhält 300.000 Euro mehr als im Jahr 2006.

Ausblick

Der Bundeshaushalt 2007 ist solide, die Beratungen waren erfolgreich. Doch es muss auch daran erinnert werden, dass der Bund ein strukturelles Einnahmenproblem hat, das allein mit Einsparungen nicht zu beheben wäre. Die Gesamtlage verpflichtet weiterhin zur Verantwortung: Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts betragen zur Zeit ca. 1,5 Billionen Euro, davon sind ca. 900 Milliarden Euro Schulden des Bundes. Für diesen Schuldenberg wird der Bund in diesem Jahr 37,6 Milliarden Euro an Zinsen zahlen, in 2007 werden es ca. 40,5 Milliarden Euro sein.

Zum Vergleich: Das ist jeweils mehr, als die Bundesministerien des Innern, für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für Gesundheit, für Umwelt und Naturschutz, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und für Bildung und Forschung gemeinsam ausgeben!

Ein weiteres Beispiel zur Verdeutlichung: Von den 220,5 Milliarden Euro, die der Bund an Steuern 2007 einnehmen wird, werden wir ca. 78 Milliarden Euro als Zuschuss für die Rente ausgeben, ca. 40 Milliarden Euro Zinsen für die Bundesschulden bezahlen und ca. 28 Milliarden für Verteidigung ausgeben und ca. 9 Milliarden Euro für Pensionen. Damit bleiben gerade einmal 65 Milliarden Euro übrig, um die Bundesrepublik Deutschland politisch zu gestalten. Das entspricht in etwa dem Umsatz eines international tätigen großen Unternehmens.

Im Interesse nachfolgender Generationen

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst.

Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden. Das Steuerplus ist nach wie vor nicht so groß, dass Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer verzichten können. Auch dem Argument, ein Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung würde die Wirtschaftsentwicklung noch einmal und zusätzlich so verbessern, dass es zusätzliche Steuereinnahmen in entsprechender Höhe gibt, kann eine verantwortliche und vorsichtige Finanz- und Haushaltspolitik nicht folgen.

Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden. Nur so ist die Politik möglich, die auch über den Tag hinaus trägt und die auch die Interessen nachfolgender Generationen berücksichtigt.